

Protokoll 2. Sitzung des Projektbeirates

10.11.2016 in Ratekau, 14:00 bis 17:00 Uhr

Bericht des Projektbeirat-Vorsitzenden:

Frau Druba erklärt auf Nachfrage die Bereitschaft des Landes zur Kostenbeteiligung an dem fachlichen Beitrag zum übergesetzlichen Lärmschutz bis zu einer Höhe von 50.000 Euro.

Bürgermeister Keller verteilt die schriftlichen Antworten des Landes Schleswig-Holstein und des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur auf die Forderungen des Dialogforums.

TOP 1 Berichte der Runden Tische

Runder Tisch Nord:

1. Sund-Querung

Forderung des RT Nord:

„RT Nord bittet den Projektbeirat, sich für eine beschleunigte Planung einer neuen Sund-Querung einzusetzen.“

Beschluss Projektbeirat:

Herr Preußner von der DB erklärt, dass aktuell die Varianten-Prüfung zum Bau einer neuen Sund-Querung laufen und dabei verschiedene Varianten geprüft werden, auch unter Berücksichtigung der bestehenden Sundbrücke. Durch die parallel stattfindenden Straßen- und Schienenverkehrsplanungen wird diese Varianten-Prüfung nicht beeinträchtigt.

2. Aufhebung der Bahnübergänge

Forderung des RT Nord:

„RT Nord bittet den Projektbeirat darum, sich für die Interessen der jeweiligen Kommunen einzusetzen, die die Aufhebung der höhengleichen Bahnübergänge

fordern. Der Projektbeirat möge diese Forderung in das Dialogforum einbringen.“

Beschluss Projektbeirat:

Die DB erklärt, dass ihr derzeit kein Auftrag seitens des Bundesverkehrsministeriums vorliegt, sowohl für die Neubau- als auch für die Bestandstrasse eine Höchstgeschwindigkeit größer als 160 km/h zu untersuchen. Für den Fall einer Planung mit größer als 160 km/h wird festgestellt, dass die parallel zur Autobahn laufenden Abschnitte in der Linienführung grundsätzlich geeignet sind. Problematischer ist der Bereich von Bad Schwartau bis Ruppertsdorf sowie Oldenburg bis Großenbrode. Offen bleibt die Frage, welche Auswirkungen sich durch eine teilweise Erhöhung der Höchstgeschwindigkeit ergeben. Von der DB wird jedoch grundsätzlich erklärt, dass auch bei der Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge die Regelungen des Eisenbahnkreuzungsgesetz (insbesondere auch die Drittel-Regelung) weiterhin Anwendung finden.

Der Projektbeirat unterstützt die Kommunen Göhl, Altenkrempe und Heringsdorf bei der Forderung zur Aufhebung der höhengleichen Bahnübergänge und bittet das Dialogforum, sich ebenfalls dafür einzusetzen und die Forderung an das Bundesverkehrsministerium weiterzuleiten.

Gleichzeitig bittet der Projektbeirat die Runden Tische, sich mit dieser Angelegenheit dahingehend zu beschäftigen, ob auch in anderen Ortschaften entlang der Trasse gleichlautende Forderungen gestellt werden sollen und gegebenenfalls konkrete Aufhebungsanträge zu formulieren.

3. Kostenbeteiligung nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz

Forderung RT Nord:

„RT Nord bittet den Projektbeirat darum, sich dafür einzusetzen, dass die kommunalen Straßenbaulast-Träger zu 100 Prozent vom EKrG-Drittel befreit werden (EKrG = Eisenbahnkreuzungsgesetz).“

Beschluss Projektbeirat:

Der Projektbeirat fordert, dass die kommunalen Straßenbaulastträger von einer eventuellen Kostenbeteiligung nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz befreit

werden. Auch im Hinblick auf weitere Kosten in Zusammenhang mit der Schienenanbindung wird erwartet, dass das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (Land) auch weiterhin fortgeführt wird.

Der Projektbeirat fordert die Runden Tische auf, ihre Forderungen schnellstmöglich zu konkretisieren.

4. Fährhafenanbindung Puttgarden

Forderung RT Nord:

„RT Nord bittet den Projektbeirat darum, sich dafür einzusetzen, dass sich die Schienen- und Straßenanbindung des Hafens Puttgarden nicht verschlechtern wird und die Wettbewerbsfähigkeit der Fähranbindung erhalten bleibt.“

Beschluss Projektbeirat:

Diese Forderung wurde bereits in der 8. Sitzung des Dialogforums beschlossen. Der Projektbeirat unterstützt diesen Beschluss weiterhin.

5. Fernhaltepunkt Fehmarn

Forderung RT Nord:

„RT Nord spricht sich dafür aus, dass der Projektbeirat für ein abgestimmtes Fern- und Nahverkehrskonzept eintritt. Dieses Konzept soll vorsehen, sowohl den Fernverkehrspunkt Oldenburg als auch den zusätzlich zu planenden Fernverkehrshaltepunkt Burg West zu realisieren.“

Beschluss Projektbeirat:

Der Projektbeirat nimmt die Antwort von MP Albig zu diesem Thema zur Kenntnis. Gleichzeitig fordert er das Bundesverkehrsministerium und die DB auf, einen Fernhaltepunkte auf Fehmarn einzurichten und zu bedienen. Dadurch darf der vorgesehene Fernhaltepunkt in Oldenburg nicht gefährdet werden.

Runder Tisch Süd 2:

Lärmschutz

Forderung RT Süd 2:

„RT Süd 2 fordert eine gemeinsame Lärmschutz-Betrachtung Schiene/Straße (Modellregion).“

Beschluss Projektbeirat:

Im Zusammenhang mit dem Bundestagsbeschluss (Drucksache 18/7365 vom 28.01.2016) fordert der Projektbeirat eine gemeinsame Lärmschutzbetrachtung der Straßen- und Schienenverbindungen sowie die Finanzierung entsprechender Lärmschutz-Maßnahmen, gegebenenfalls im Rahmen eines Modellprojektes.

Runder Tisch Mitte:

Auf entsprechenden Hinweis erklärt sich die DB bereit, in der nächsten Sitzung des RT Mitte die Entscheidungsfindung zur Trassenführung östlich/westlich (u.a. im Bereich Schlamin) der Autobahn detailliert vorzustellen und zu erörtern.

TOP 2 Informationsfahrt nach Berlin

TOP 3 Weiteres Vorgehen

Nächste Sitzung des Projektbeirates: 09.02.2017 um 14 Uhr